

Das kleine FUCHS-ABC

Verantwortung für Mühlthal

A B
C



Am 6. März
FUCHS wählen!



FUCHS

Die echte Alternative.

Inhalt

2	Aldi-Autobahn	17	Lohbergtunnel
3	Anstaltsmühle	18	Modaupromenade
4	Autogerechte Stadt	18	Monsterknoten
4	Bahnhof	19	Nieder-Ramstädter Diakonie
4	Baugebiete	20	ÖPNV
5	Bilder	20	Ortskern Nieder-Ramstadt
5	Bolzplätze	21	Planungsgewinn
5	Bürgerbeteiligung	22	Radweg Frankenhausen
6	Bürgerhaushalt	22	Rathaus Traisa
7	Bürokratie	23	Rote Kleinbusse
8	Bunkerbau	23	Schwimmbad
8	Dippelshofbebauung	24	Selbstverständlichkeiten
9	Ehrenamt	24	Steinlaus
9	Energiewende	25	Straßenbau
10	Feinstaub	25	Straßenbeiträge
11	Finanzen	26	Tafelsilber
11	Flüchtlinge	26	Transparenz
12	FUCHS	27	Verkehrsberuhigung Hag
13	Gemeindevertretung	27	Vertrauen
13	Gestaltungssatzungen	28	Wahlkampf
14	Gleiches Recht für alle	29	Wald
15	Golfplatz	29	Wiederk. Straßenbeiträge
15	Grundsteuer	30	Windräder Nieder-Beerbach
16	Höchstgebot	30	Wohngebiete
17	Kleinvieh	31	Zukunft

Aldi-Autobahn

Die sogenannte Aldi-Autobahn, abgeleitet von "Alte Dieburger" Straße, ist nur für den Anliegerverkehr freigegeben. Dies betrifft auch den Bereich, der über das freie Feld ins Gewerbegebiet nach Nieder-Ramstadt führt, obwohl es hier keine Anlieger gibt. FUCHS möchte, dass dieser Teil wieder wie früher allein den Fußgängern und Radfahrern gehört. Es darf keine besonderen Rechte für Anwohner bestimmter Gebiete geben. Damit hätte das Nieder-Ramstädter Wohngebiet Hag wieder eine direkte Verzahnung mit der Natur, es würde ein wirklich attraktiver Fuß- und Radweg entstehen und für die Gemeinde entfielen die hohen Kosten für den ansonsten notwendigen Ausbau der Straße. Tatsächlich darf der Autoverkehr auch nicht immer die aller kürzesten Verbindung beanspruchen. (→ Autogerechte Stadt) FUCHS hält es auch für unverantwortlich, unmittelbar am

Brunnen, aus dem wir unser Trinkwasser beziehen, eine Autostraße zu betreiben. Reißt etwa eine Ölwanne auf, ist es gleichgültig, ob das Öl aus dem Fahrzeug eines Anliegers oder aus einem anderen Auto kommt.

Allerdings sollte die vollständige Sperrung für den Autoverkehr von Maßnahmen begleitet werden, die vermeiden, dass insbesondere die Nieder-Ramstädter Bergstraße dadurch stärker belastet wird. (→ Verkehrsberuhigung Hag)

Eine Schließung ist übrigens die einzige Möglichkeit, um den auch von Mitbewerbern verlangten Ausschluss des überörtlichen Durchgangsverkehrs durchzusetzen.

Anstaltsmühle

Am Schnittpunkt der Kirchstraße, der Rheinstraße und der Waschenbacher Straße in Nieder-Ramstadt ist eine große eingezäunte Wiese, auf der schon ab und zu Zirkuswagen standen. Hier befand sich früher zwischen der Modau und der Rheinstraße die Anstaltsmühle. Der Ort hat als Eingang in den Nieder-Ramstädter Ortskern eine besondere städtebauliche Bedeutung.

Hier sollen demnächst zahlreiche Neubauten entstehen. Dafür ist ein Bebauungsplan in Arbeit. Nach der gegenwärtigen Planung sind die neuen Gebäude von der Straße zurückgesetzt, haben nur recht flach geneigte Dächer und können über elf Meter hoch werden. FUCHS lehnt diese Planung ab, da sie sich nicht in die Umgebung einfügt. Sie orientiert sich vielmehr an den Interessen der Eigentümerin, die diesen Bebauungsplan auch vorgeschlagen hat. Sie möchte das Anwesen bestmöglich vermarkten, was natürlich ihr gutes Recht ist. Für das Ortsbild ist sie auch nicht zuständig, sondern die Gemeinde. Zur Entscheidung aufgerufen ist die Gemeindevertretung.

FUCHS möchte sich beim Bebauungsplan an den Vorgaben orientieren, welche die Gestaltungssatzung für den Traisaer Ortskern vorsehen. (→ Gestaltungssatzung)

Demnach sollten sich auch hier die neuen Häuser den dominierenden Bestand zum Vorbild nehmen. Sie sollten wie auch fast alle vorhandenen Gebäude der Umgebung unmittelbar an der Straße stehen, wobei der Giebel zur Straße zeigen würde.

Die Dachneigung der maximal zweigeschossigen Gebäude sollte mindestens 45 Grad betragen und die Gesamthöhe auf zehn Meter begrenzt werden. Damit würde sich die neue Bebauung harmonisch in das bestehende Umfeld einfügen und würde nicht als Fremdkörper wahrgenommen.

Autogerechte Stadt

Die autogerechte Stadt ist ein längst überholtes verkehrspolitisches Leitbild aus den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Im Mittelpunkt aller Verkehrsplanung stand das Auto. Mit ihm sollten alle Ziele auf möglichst kurzen Wegen erreichbar sein. Fußgänger und Radfahrer hatten sich unterzuordnen.

Selbstverständlich ist das Auto ein sinnvolles Verkehrsmittel. FUCHS wendet sich aber gegen die Überhöhung des Autos. Nicht jedes Ziel muss mit dem Auto auf kürzestem Weg erreichbar sein. Umgehungsstraßen sind für Autos und Fahrer zwar schonender, aber regelmäßig weiter als Direktverbindungen. Sie schaffen jedoch Freiräume für Menschen, die der Autoverkehr beschränkt. Die Straße sollte nicht nur reiner Verkehrsträger sein, sondern sie sollte auch ihre Funktion als Lebensraum zurück erhalten, die sie über Jahrhunderte hatte. FUCHS tritt deshalb für Wege ein, die für Autos tabu sind und deshalb für Fußgänger und Radfahrer, aber auch als Ort der Kommunikation richtig attraktiv sind.

Bahnhof

Unser Bahnhof ist dank RMV und VIAS recht attraktiv geworden. Mit dem Zug dauert es bis zum Frankfurter Hauptbahnhof nur eine halbe Stunde. Die Stadt Darmstadt und die Autobahn sind über die nahen Bundesstraßen 449 und 426 mit dem Auto in wenigen Minuten erreicht.

Für die Gestaltung des Umfeldes ist die Gemeinde zuständig. Hier fordert FUCHS verschließbare Fahrradboxen. Sie sind mittlerweile an vielen Bahnhöfen selbstverständlich, tragen zur Attraktivitätssteigerung bei und laden manche Zugreisende dazu ein, statt mit dem Auto mit dem Rad zum Bahnhof zu fahren, womit dringend benötigte PKW-Parkplätze frei werden. Parkplatzeinfassungen hält FUCHS dagegen für überflüssig und Änderungen wie die neue Wegeführung des Zuganges sind unangemessen und städtebaulich schlecht.

Baugebiete

FUCHS lehnt neue Baugebiete nicht ab. Wir stimmen ihnen unter drei Voraussetzungen zu:

1. Der Planungsgewinn aus der von der Gemeinde betriebenen Umwidmung eines Geländes darf nicht Privatpersonen, sondern muss der Gemeinde zukommen. (→ Planungsgewinn)

2. Da neue Baugebiete immer zusätzlichen Verkehr mitbringen, dürfen sie nicht so angeordnet werden, dass Wohnstraßen länger durchfahren werden müssen, um sie zu erreichen.

3. Neue Baugebiete dürfen nicht in schützenswerten Arealen liegen. Wertvolle Naturschutzgebiete oder besonders schöne Blickachsen etwa sind tabu.

Bilder

von bunten Blumen oder lachenden Senioren lockern Broschüren auf, haben aber keinen Informationsgehalt. Deshalb verzichtet FUCHS darauf.

Bolzplätze

Unsere Baugrundstücke werden nicht nur immer teurer, sie werden auch stets kleiner. Früher konnte in vielen Gärten noch Fußball gespielt werden, heute sind manche schon zu klein, um dort nur Federball zu spielen. Damit fehlen sogenannte niederschwellige Sportmöglichkeiten mehr und mehr. Zugleich besteht Mühlthal aus mehreren Ortsteilen, zwischen denen oft Wiesen liegen, die zudem teilweise der Gemeinde gehören. Solche Wiesen gibt es etwa an der Pumpstation im Knick der Aldi-Autobahn und im Wiesengrund unterhalb der Bushaltestelle Traisa südlich der B 449.

FUCHS schlägt vor, hier ganz einfache Bolzplätze zu errichten. Die Wiesen müssten lediglich etwas geebnet werden und einfache Fußballtore sollten aufgestellt werden. Der Vorteil läge neben den geringen Kosten darin, dass hier zwar keine unmittelbaren Nachbarn gestört werden können, die Entfernungen zu den Wohngebieten aber dennoch kurz sind.

Bürgerbeteiligung

Die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen ist der Kern unserer Demokratie. Dabei geht es nicht nur darum, an Abstimmungen teilzuhaben, sondern auch darum, Wissen einzubringen. (→ Bürgerhaushalt)

Je kleiner eine Demokratiegemeinschaft ist, um so einfacher ist es, die Bürger in diese Prozesse einzubinden. Was etwa im Land Hessen mit knapp sechs Millionen Einwohnern vielleicht nicht geht, kann in Kommunen wie Mühlthal mit etwa 14.000 Menschen gut funktionieren.

Die einfachste Art, Bürger zu beteiligen, ist natürlich schlicht die, sie ernst zu nehmen. Auf der anderen Seite steht die wohl bürokratischste Weise, nämlich gemäß § 8b der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) über ein Bürgerbegehren einen Bürgerentscheid durchzuführen.

Dabei gibt es Möglichkeiten, die Menschen vor Ort auch unbürokratisch entscheiden zu lassen. In Pfungstadt wurden im Dezember 2015 die Einwohner der Stadtteile Eschollbrücken und Eich gefragt, ob sie für den Bau einer Umgehungsstraße sind. Zwar waren die Anwohner zur Entscheidung darüber offiziell gar nicht befugt. Die Zuständigkeit dafür liegt nämlich beim Parlament. Dieses hat dann aber das eindeutige Ergebnis der Bürgerbefragung respektiert und so abgestimmt, dass den Bürgern gefolgt wurde. Über diesen Weg kann der Bürgerwille sehr einfach umgesetzt werden.

FUCHS meint, was in Pfungstadt geht, das funktioniert auch in Mühlthal. Dabei sehen wir zwei Voraussetzungen, unter denen die Bürger gefragt werden sollten:

1. Die Sache, über die zu entscheiden ist, muss eine größere Bedeutung haben und auf Dauer angelegt sein. Für die Bürger aus Waschenbach und Frankenhausen hat die Genehmigung zum Betrieb des Steinbruchs Waschenbach eine ganz besondere Bedeutung. Einmal erteilte Genehmigungen können auch nicht einfach widerrufen werden, weswegen sie auf Dauer angelegt sind. Die Bürger sollten gefragt werden.

2. Die Sache, über die zu entscheiden ist, muss die Bürger auch wirklich betreffen. Die Menschen aus Nieder-Beerbach betrifft der Bau von Windrädern am Frankenstein. Dazu sollten sie befragt werden. Sie werden von erweiterten Baumöglichkeiten am Traisaer Dippelshof nicht betroffen. Hier sollten nur die Menschen aus Traisa gefragt werden.

Bürgerhaushalt

In vielen Kommunen nicht nur in Hessen gibt es bereits sogenannte Bürgerhaushalte, so etwa in Darmstadt. Sie werden häufig auch Offene Haushalte genannt. Zweck ist es, die Bürger in die Finanzplanungen einzubinden. Bürger können zum einen etwa Sparvorschläge einbringen und damit positiv auf die Finanzen einwirken. Zum anderen steigt das Vertrauen in die Verwaltung, weil vielen Bürgern erst dadurch klar wird, wo die eigenen Steuern hingehen. Je konkreter darin insbesondere die Ausgabenposten benannt werden, um so eher werden die Ziele eines Bürgerhaushaltes erreicht.

Mühltal ist mit etwa 14.000 Einwohnern noch eine überschaubare Kommune. Viele Bürger haben Sachkenntnis, die sie gern einbringen würden. Zum anderen kann nicht von allen Gemeindevetretern angenommen werden, dass sie sich mit allen Details der Haushaltsplanungen auseinandersetzen. Es gibt also Bürger, die im Parlament zwar nicht abstimmen dürfen, aber viele Detailkenntnisse haben und diese auch gern einbringen würden. Auf der anderen Seite gibt es Parlamentarier, die zwar zur Diskussion und Abstimmung über den gesamten Haushalt aufgerufen sind, aber nur wenig Kenntnis von vielen Details haben.

Um dieses Spannungsfeld zu lösen, schlägt FUCHS auch für Mühltal einen Bürgerhaushalt vor. Er sollte alle Ausgaben und Einnahmen erfassen, soweit es der Datenschutz zulässt. Mühltal könnte dadurch sparen beziehungsweise die knappen Finanzen sinnvoller verwenden. Zugleich würde das Vertrauen in die Verwaltung steigen. (→ Finanzen, Kleinvieh, Tafelsilber, Transparenz, Vertrauen)

Bürokratie

Bürokratie kostet Geld, gängelt die Menschen und macht keinen Spaß. Alles, was irgendwie verordnet wird, muss erst einmal in rechtlich korrekte Regelungen gefasst werden. Dann müssen die Menschen diese Normen auch verstehen, um sie befolgen zu können. Und zuletzt muss die Verwaltung noch überprüfen, ob die Regelungen auch eingehalten werden.

FUCHS lehnt daher überflüssige Bürokratie ab. Gestaltungssatzungen, wiederkehrende Straßenbeiträge und etwa die örtliche Zweitwohnungssteuersatzung kosten Geld und gängeln die Menschen. In anderen Kommunen haben die Verantwortlichen längst verstanden, dass weniger oft mehr ist und verzichten auf überflüssige Bürokratie.

Dies gilt auch umgekehrt, wenn die Gemeinde etwa Sportvereine unterstützt. FUCHS will auch hier die Bürokratie auf ein Mindestmaß beschränken. Dabei sollte der Bauhof etwa Rasenplätze kostenfrei mähen. Personal und Gerät stehen ohnehin bereit. Komplizierte Rechnungslegungen kosten auch die Gemeinde Zeit und Geld. Sie müssten dann auch wieder von den Vereinen überprüft werden, was abermals Aufwand erfordert. Im Gegenzug könnten Förderungen der Vereine beschränkt werden, die viel Papierkrieg und nur geringe Hilfen mit sich bringen.

FUCHS lehnt ferner teure "Gutachten", "Stellungnahmen" und "Expertisen" ab. Sie dürften häufig vor allem den Zweck haben,

eine politisch gefasste Meinung, die dem gesunden Menschenverstand widerspricht, dennoch "wissenschaftlich" zu untermauern. Keinesfalls darf es auf Kosten der Gemeinde so lange mehrere Beauftragungen zur gleichen Fragestellung geben, bis das gewünschte Ergebnis vorliegt.

Bunkerbau

An der B 449 gegenüber des Café Trautheim wurde jüngst eine ganz lange und auch sehr hohe Betonmauer errichtet. Sie wird mittlerweile als Trautheimer Bunker bezeichnet. Die Mauer mit unmittelbar anschließenden Gebäuden passt sich der übrigen Bebauung nicht an und gilt als städtebaulicher Schandfleck.

Tatsächlich verbietet der bei der Baugenehmigung zu beachtende Bebauungsplan "Trautheim alt" unter seiner Ziffer 4 genau solche Bauwerke. Der Bebauungsplan verlangt vielmehr eine mindestens fünf Meter tiefe Vorgartenzone, in der noch nicht einmal Carports zulässig sind. Über diese Vorgaben, die von allen einzuhalten sind, haben sich die politisch Verantwortlichen der Gemeinde zum Nachteil unseres Ortsbildes leider hinweggesetzt. (→ Gleiches Recht für alle)

Für FUCHS ist dies ein anschauliches Beispiel dafür, dass wir nicht immer mehr Vorschriften brauchen. Es reicht, die bestehenden einzuhalten. Genau dafür wird sich FUCHS einsetzen. (→ Gestaltungssatzungen)

Dippelshofbebauung

Nach dem Willen von CDU, Grünen und FDP soll die ehemalige Reitanlage Western Horse Lodge gegenüber des Traisaer Dippelshofes in ein Wohnbaugebiet umgewidmet werden. Dies beschlossen deren Gemeindevertreter mit jeweils einer Ausnahme im Sommer 2014. Dabei ignorierten die Volksvertreter das eindeutige Votum der Traisaer Bevölkerung, die das Projekt in einer Befragung zu über 95 Prozent ablehnte.

Die Investoren warben zwar mit einer sozialen Komponente, doch bereits im Januar 2015 wurden erste Objekte daraus als übliche Bauträgerprojekte im Internet beworben. Gegenwärtig stockt die Sache, denn das umstrittene Beschlussverfahren wurde dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof zur Prüfung vorgelegt.

Sollte der Gerichtshof einen neuen Beschluss über die Bebauung verlangen, wird sich FUCHS dagegen aussprechen. Denn der mit

der Umwidmung verbundene Planungsgewinn käme hier nicht der Gemeinde zugute, der entstehende Verkehr würde vollständig Traisas Wohnstraßen belasten und die neue Bebauung würde nicht nur die malerische Landschaft dort beeinträchtigen, sondern auch das Bild des aufwendig restaurierten Dippelshofes. (→ Planungsgewinn, Baugebiete)

Ehrenamt

Ohne Ehrenamtliche läuft in Mühlthal gar nichts. Freiwillig und zumeist ohne Aufwandsentschädigung arbeiten viele Menschen für den Dienst an der örtlichen Gemeinschaft. Ob es dabei zum Beispiel um Sportvereine mit hervorragender Jugendarbeit, die Arbeiterwohlfahrt, das Rote Kreuz, die Ausrichtung von Fastnachtsveranstaltungen oder der Kerb, Heimatgeschichte, den Erhalt des Schwimmbades, Flüchtlings-, Freifunk oder andere Bürgerinitiativen geht, spielt keine Rolle. Auch Kirchen und andere religiöse Gemeinschaften sowie etwa junge Leute, die öffentliche Konzerte organisieren, tragen zur Bereicherung des Lebens in Mühlthal bei. Die Freiwillige Feuerwehr übernimmt mit dem Brandschutz sogar eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Für FUCHS ist klar, dass die Motivation für das Ehrenamt nur gefördert werden kann, wenn zum einen gewisse Freiheiten eingeräumt werden. Falls das freiwillige Engagement eben davon abhängen sollte, dass bestimmte Organisationsstrukturen bewahrt bleiben, dann sollten wir das berücksichtigen. Zum anderen dürfen wir nicht so tun, als werde mit dem Ehrenamt vor allem das eigene Ego zufrieden gestellt. Die Verwaltung muss daher offen sein für alle Menschen, die sich unentgeltlich für die Gemeinschaft einsetzen.

Um dies zu gewährleisten, schlägt FUCHS die Benennung eines Ehrenamtsbeauftragten vor. An diese beauftragte Person können sich alle ehrenamtlich Tätigen wenden, falls sie das Gefühl haben sollten, mit ihren berechtigten Anliegen bei der Verwaltung kein Gehör zu finden. Die oder der Ehrenamtsbeauftragte wird dann direkt der Gemeindevertretung berichten. Erfahrungsgemäß wird schon allein die Benennung einer solchen Person dazu führen, dass die Verwaltung allen Ehrenamtlichen das gebotene Gehör widmet.

Energiewende

Die zunehmende Erderwärmung mit all seinen Wetterkapriolen ist ein weltweites Problem. Um die Folgen zumindest abzu-

schwächen, haben zahlreiche Weltklimagipfel konkrete Forderungen aufgestellt. Sie sind auch auf lokaler Ebene vor Ort umzusetzen.

Eine Forderung ist, die Emissionen aus dem Autoverkehr und besser noch den Autoverkehr selbst zu reduzieren. Für FUCHS heißt das, attraktive Rad- und Fußwegverbindungen zu schaffen und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern. Wenn wir es hier wirklich ernst meinen, dürfen wir die Menschen, die oft gern auf das Auto verzichten würden, nicht dadurch abschrecken, dass wir einfach keine akzeptablen Alternativen bereitstellen.

Bei der Stromerzeugung soll nach Möglichkeit auf die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas sowie auf die Atomenergie verzichtet werden. Dabei haben die "erneuerbaren Energien" durch Sonne und Wind eine große Bedeutung. Hier gibt es jedoch heute bereits das Problem, dass der Strom oft zu Zeiten produziert wird, zu denen er nicht gebraucht wird. Umgekehrt wird häufig Strom gebraucht, wenn er nicht produziert wird. Weht an sonnigen Tagen der Wind, dann gibt es viel zu viel Strom im Netz. An windstillen Abenden gibt es dagegen oft zu wenig Strom.

Viel wichtiger als etwa immer neue Windräder sind daher heute Möglichkeiten, Strom zu speichern. Bereits seit über zwei Jahren wird insbesondere in Nieder-Beerbach, Waschenbach und Frankenhausen das Konzept diskutiert, aus den beiden ungeliebten und sehr nah beieinander liegenden Steinbrüchen einen Energiespeicher zu machen.

Wasser könnte bei Stromüberschuss im Netz vom tiefer gelegenen "Loch" in das höhergelegene gepumpt werden. Haben wir zu wenig Strom im Netz, so könnte das gleiche Wasser wieder in das tiefere "Loch" abgelassen werden, wobei es einen Generator zur Stromerzeugung antreiben würde. Der Ansatz wurde auch bereits der TU Darmstadt vorgetragen. Nach Auffassung des Institutes für Geotechnik ist das Konzept aus technischer Sicht interessant, weswegen es eine nähere Untersuchung verdiene. FUCHS schlägt vor, es durch eine für die Gemeinde kostenfreie Studienarbeit untersuchen zu lassen.

Feinstaub

Eine große Gefahr für unsere Gesundheit ist Feinstaub. Um die Gefahr zu reduzieren, werden aufwendige Maßnahmen ergriffen, so etwa Fahrverbote für bestimmte Autos in Darmstadt. Feinstaub wird ungewollt auch in Steinbrüchen produziert.

Betroffen ist dabei vor allem die Kreisstraße in Waschenbach, durch die der Schwerlastverkehr vom dortigen Steinbruch fließt.

FUCHS fordert, dass die Feinstaubbelastung dort endlich gemessen wird. Nur so können die Anwohner entweder sicher sein vor sich daraus ergebenden Gesundheitsschäden oder aber Maßnahmen zur notwendigen Reduzierung ergriffen werden.

Finanzen

In der Politik ist es üblich, Dinge, die positiv gesehen werden, sich selbst zuzuschreiben. Umgekehrt wird die Verantwortung immer dann bei anderen gesucht, wenn eine Sache negativ erscheint. Die schlechten Finanzen der Gemeinde Mühlthal sind ein schönes Beispiel dafür. Statt zu sparen und etwa auf überdimensionierte Straßenkreuzungen (→ Monsterknoten), Bürokratie für Straßenbeiträge (→ Wiederkehrende Straßenbeiträge) und Gestaltungssatzungen (→ Gestaltungssatzungen) zu verzichten, wird weiter munter viel Geld ausgegeben.

Die Zeche zahlen wir Bürger heute durch massive Erhöhungen der Gemeindesteuern wie etwa der Grundsteuer (→ Grundsteuer) sowie durch die neuen Abgaben der wiederkehrenden Straßenbeiträge und später durch die aktuelle Verscherbelung des Gemeindevermögens (→ Tafelsilber). Die Verantwortung dafür suchen diejenigen, die diese Ausgaben genehmigt und die neuen Abgaben eingeführt haben, aber nicht bei sich, sondern woanders.

Bei allem gibt es noch nicht einmal wirklich nachvollziehbare Aufstellungen darüber, wie mit unseren Finanzen tatsächlich verfahren wird (→ Bürgerhaushalt, Kleinvieh). So fehlt bis heute zum Beispiel eine betriebswirtschaftlich belastbare Aufschlüsselung aller Kosten und Erlöse aus dem Areal Waldeck. Dabei müssten selbstverständlich auch etwa Kosten berücksichtigt werden, die Mühlthal entstanden sind, weil das Personal auf Kosten der Gemeinde über Jahre hinweg damit befasst war.

Flüchtlinge

Flüchtlingspolitik ist grundsätzlich kein Thema der Kommunalpolitik. Verantwortlich sind CDU/CSU und SPD im Bund. Für FUCHS ist es aber selbstverständlich, dass wir die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, so behandeln, wie wir es selbst gern möchten, wenn wir einer solchen Situation ausgesetzt wären. Das heißt, dass wir den Menschen freundlich begegnen und

auch vor Ort Möglichkeiten schaffen, ein Teil unserer Gemeinschaft zu werden.

Deshalb fordert FUCHS für die Unterbringung der Flüchtlinge vor Ort kleine Wohneinheiten. Die Menschen, die bei uns auch Integration suchen, dürfen überdies nicht ins Niemandsland abgeschoben werden. Denn dort können sie nur unter sich bleiben, woraus sich die Gefahr ergibt, dass Parallelgesellschaften entstehen, die FUCHS entschieden ablehnt.

Vor der Abstimmung über die Unterkünfte hinter dem Bahnhof Ende 2015 hat daher auch unser Ausländerbeirat zutreffend und warnend darauf hingewiesen, dass bei einer Unterbringung dort eine Ghattobildung zu befürchten ist. Als hier vor Jahren bereits schon einmal Wohnanlagen für Asylbewerber bestanden, habe es aufgrund der fehlenden sozialen Kontrolle viel Kriminalität gegeben. Daher hat der Ausländerbeirat das Vorhaben abgelehnt. FUCHS empfindet es als unseriös, wenn in diesem Zusammenhang von den Befürwortern damit gedroht wird, dass andernfalls Mühltaler Turnhallen mit Flüchtlingen belegt werden müssten. Denn tatsächlich nimmt unsere Gemeinde heute schon überdurchschnittlich viele Flüchtlinge auf.

Leider haben die gesamte SPD und große Teile von CDU und Grünen in der Gemeindevertretung dennoch für das Massenviertel mit 150 Flüchtlingen hinter dem Bahnhof gestimmt. FUCHS hält das für falsch und wird einer Erweiterung nicht zustimmen.

FUCHS hält die Ausweisung des Areals am Bahnhof als Baugebiet aber auch aus Gründen der Gemeindefinanzen für falsch. Denn mit der Aufwertung der Grundstücke als Bauland wird wieder einmal ein nicht gerechtfertigter Sondervorteil an private Grundstückseigentümer abgetreten. Die Mühltaler Finanzlage ist aber leider so beschaffen, dass solche Gewinne bei der Gemeinde bleiben sollten. (→ Finanzen, Planungsgewinn, Baugebiete)

FUCHS

ist eine Initiative aus engagierten Mühltalerinnen und Mühlhalern, die sich über Parteigrenzen hinweg im Parlament für unsere Gemeinde einsetzen möchten. Wir sind nicht Parteibeschlüssen unterworfen, die woanders gefällt wurden und nicht dem Wohle Mühlhals dienen. Maßstab für unser Handeln sind allein die Interessen Mühlhals.

FUCHS steht auf dem Boden des Grundgesetzes von 1949.

Besonders verpflichtet fühlen wir uns den Finanzen und der Umwelt. Die auf den Weltklimagipfeln weltweit anerkannten Ziele sind auf lokaler Ebene umzusetzen. Bürokratieabbau und transparenteres Verwaltungshandeln sind weitere Schwerpunkte.

FUCHS kann mit Rat und Tat, mit weiteren Hinweisen und Anregungen oder mit neuen Ideen unterstützt werden. Da wir den Wahlkampf komplett aus eigener Tasche zahlen, nimmt FUCHS auch gern Spenden entgegen. Ab Beträgen von 5,- Euro stellen wir Quittungen aus, denn die Spenden können gemäß § 34g EStG steuerlich geltend gemacht werden.

(IBAN: DE80 5088 0050 0185 5918 01 / Kontoinhaber: Christoph Zwickler / Kennwort: FUCHS)

Gemeindevertretung

Am 6. März 2016 wird neben dem Kreistag und den Ortsbeiräten die Gemeindevertretung neu gewählt, also das Parlament der Gemeinde Mühlthal. Es hat 37 Mitglieder. Eine zentrale Aufgabe der Gemeindevertretung ist es gemäß § 50 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), die wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu beschließen. § 50 Absatz 2 HGO fordert von der Gemeindevertretung als andere Kernaufgabe, die gesamte Verwaltung der Gemeinde zu überwachen. FUCHS will sich keiner dieser gesetzlichen Verpflichtungen verweigern, sondern sie mit Leidenschaft und Engagement erfüllen. Und weil wir nicht allwissend sind, wollen wir uns dabei auch gern der Kompetenz sachkundiger Bürger bedienen.

Gestaltungssatzungen

Die aktuelle Gemeindevertretung hat jüngst beschlossen, 20.000,- Euro freizugeben, um zunächst für den Ortsteil Traisa eine Gestaltungssatzung auf den Weg zu bringen. Dabei soll etwa geregelt werden, welche Dachformen und Fenstergrößen insbesondere im alten Ortskern zulässig sein sollen. Es war auch die Rede von der Bestimmung der Weite von Dachüberständen und von Farben, in denen die Häuser nur gestrichen werden dürften.

Um die "Notwendigkeit" der Verabschiedung einer solchen Satzung zu verdeutlichen, wurde vor allem auf ein tatsächlich unpassendes Gebäude verwiesen. Dieses Gebäude ist allerdings schon knapp fünfzig Jahre alt und dürfte auch nach der geltenden Rechtslage nicht so gebaut werden.

FUCHS ist für den Erhalt der architektonischen Qualitäten in unseren Ortskernen - soweit sie denn überhaupt noch vorhanden sind. Viele neuere Gebäude wie etwa das Geschäftsgebäude in der Ludwigstraße, in dem die Volksbank untergebracht ist, oder auch die hervorragend sanierte alte Schule in Traisa zeugen aber zum einen davon, dass es zur Erreichung dieses Zieles keiner diktierten Satzung bedarf. Zum anderen würde neue Bürokratie geschaffen, die die Bürger gängelt. Zahlreiche neue Vorschriften würden die Menschen dort reglementieren, wo sich der Staat tunlichst heraushalten sollte, nämlich beim Eigentum. Überdies müsste noch eine Verwaltungsbürokratie kontrollieren, ob auch alle Vorschriften jederzeit eingehalten werden. (→ Bürokratie)

Eine solche Satzung würde nach den bisherigen Erfahrungen auch wieder dazu führen, dass die politisch eingesetzten Entscheidungsträger nach Gusto Ausnahmen erteilen. Damit würde der Zweck der Regelung auch nicht erreicht. (→ Bunkerbau, Gleiches Recht für alle)

Schließlich ist der Grund für diverse Bausünden in Mühlthal nicht nur in übermütigen Bauherren zu suchen, sondern vor allem bei den politisch eingesetzten Entscheidungsträgern. Beim Bunkerbauwerk in Trautheim (è Bunkerbau) haben die politisch Verantwortlichen den Bebauungsplan ganz einfach ignoriert, der gerade solche Bausünden verbietet.

In der Nieder-Ramstädter Stiftstraße (→ Nieder-Ramstädter Diakonie) haben sie es versäumt, einen Bebauungsplan auf den Weg zu bringen, der die unangemessen große Bebauung direkt an der Straße verhindert. Hier und etwa am Gelände der Anstaltsmühle (→ Anstaltsmühle) besteht tatsächlich Handlungsbedarf, um weitere Bausünden von Amts wegen zu verhindern.

FUCHS meint es ernst mit der angemessenen Gestaltung unserer Ortsbilder. Daher sind wir für vernünftige Bebauungspläne etwa für das Gelände der Diakonie und der Anstaltsmühle. Wir haben aber auch Respekt vor dem Eigentum unserer Mitbürger, weswegen wir reglementierende Gestaltungssatzungen ablehnen.

Gleiches Recht für alle

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das bedeutet unter anderem, dass sich auch die politisch eingesetzten Entscheidungsträger am geltenden Recht zu orientieren haben. Das muss die Richtschnur des Handelns sein. Leider haben viele Menschen in Mühlthal nicht den Eindruck, dass die Politik diesen Maßstab immer beachtet. Genehmigungen wie die für das Trautheimer Bunkerbauwerk (→ Bunkerbau) zeugen davon, dass sich die politischen Ent-

scheidungsträger mitunter ganz offenkundig nicht nur über das geltende Baurecht hinwegsetzen. Die ganze Angelegenheit spricht ferner dafür, dass bei der Erteilung von Baugenehmigungen auch das vorgesehene Verfahren nicht immer eingehalten wird.

FUCHS wird in der Gemeindevertretung darauf achten, dass das Recht eingehalten wird und für jedermann gilt. Das ist unser gesetzlicher Auftrag, dem wir nicht ausweichen.

Golfplatz

Der Golfplatz am Traisaer Dippelshof war lange ein Zankapfel der Kommunalpolitik. Die Lage hat sich beruhigt, Golfspieler sind weder bessere noch schlechtere Menschen und die Einkehrmöglichkeiten am Dippelshof sind für alle ein Gewinn.

FUCHS möchte, dass dies auch so bleibt. Eventuell neu auftretende Erweiterungsbegehren des Golfclubs würden wir daher entschieden ablehnen.

Grundsteuer

Die "Grundsteuer B" für ist für die Gemeinde eine wichtige Einnahmequelle. Sie errechnet sich zum einen aus dem sogenannten Messbetrag, den das Finanzamt ermittelt. Zum anderen berechnet sie sich aus dem Hebesatz, den die Gemeindevertretung festlegt. Der Messbetrag wird dann mit dem Hebesatz multipliziert. In Mühlthal betrug der gemeindliche Hebesatz bis zum 31. Dezember 2013 290 Prozent. Der Hebesatz wurde dann zum 1. Januar 2014 auf 350 Prozent erhöht, um ihn dann zum 1. Januar 2015 schließlich sogar auf 550 Prozent heraufzusetzen.

FUCHS hält die zweite Erhöhung für falsch. Denn damit wurde die Grundsteuer innerhalb eines Jahres fast verdoppelt. Überdies wurde die Schallmauer von 500 Prozent durchbrochen. Mühlthal verlangt damit die zweithöchste Steuer im ganzen Landkreis Darmstadt-Dieburg. Selbst in Darmstadt liegt der Hebesatz darunter.

Die zweite Erhöhung der Grundsteuer kann auch nicht etwa mit der Überlegung gerechtfertigt werden, dass es sich dabei "ja nur um einmal weniger essen gehen pro Monat handelt". Denn wer so argumentiert, der kennt nicht die ganze Realität. Tatsächlich sind von der Grundsteuererhöhung alle Menschen betroffen, weil sie auch auf Mieter umgelegt wird. Und viele können über-

haupt nicht essen gehen, weil dafür schlicht das Geld fehlt. Wir finden es darüber hinaus aber auch grundsätzlich nicht richtig, derart großzügig mit fremdem Geld umzugehen.

FUCHS wird sich dafür einsetzen, dass der Hebesatz zumindest unter die Schallgrenze von 500 Prozent zurückgefahren wird.

Höchstgebot

Die Gemeinde Mühlthal war bis vor einigen Jahren recht vermögend. Sie hatte insbesondere Grundbesitz. Seit einigen Jahren wird viel davon verkauft, um den dauerhaft schlechten Haushalt nicht ganz abstürzen zu lassen. (→ Finanzen, Tafelsilber)

Nach der Regel des § 109 Absatz 1 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) dürfen Vermögenswerte der Gemeinde nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Dabei ist es nicht immer einfach, den "vollen Wert" zu ermitteln. Die Gemeinde kann es sich auch nicht leisten, hier auf Einnahmen zu verzichten. Daher fordert FUCHS bei allen Veräußerungen eine Ausschreibung. Mühlthal hat nichts zu verschenken. Das gemeindliche Eigentum soll der erhalten, der das höchste Gebot abgibt.

Welche finanziellen Nachteile es haben kann, wenn etwa Grundstücke ohne Ausschreibung unter der Hand verkauft werden, zeigt beispielhaft folgender Sachverhalt: Am 18. Dezember 2012 beschlossen die Mühlthaler Gemeindevertreter mit einer Mehrheit von 33 zu 1, ein gemeindeeigenes Grundstück in der Nieder-Ramstädter Rheinstraße ohne Ausschreibung zu veräußern. Das 3.347 Quadratmeter große Grundstück wurde nach dem Willen der Volksvertreter für nur 240.000,- Euro verkauft. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 71,71 Euro.

Die benachbarten Grundstücke in Richtung Ortskern haben dagegen laut amtlicher Bodenrichtwerttabelle einen Wert von 325,- Euro pro Quadratmeter, auf der gegenüber liegenden Seite der Rheinstraße kosten die Grundstücke danach sogar 355,- Euro pro Quadratmeter.

Das Grundstück wurde inzwischen zwar mit einer Gewerbeinheit bebaut. Es können aber später auch Wohnungen errichtet werden, weil das Areal als Mischgebiet ausgewiesen ist. FUCHS hätte vorgeschlagen, vom Grundstück etwa 350 Quadratmeter zu behalten. Darauf hätte ein einfacher Weg von der Rheinstraße mit einspuriger Modaubrücke zur Feuerwehr errichtet werden können. Das hätte bei vielen Einsätzen die Fahrzeiten der Feuerwehr verkürzt und die Bewohner der Nieder-Beerbacher Straße geschont.

Das übrige etwa 3.000 Quadratmeter große Grundstück hätte als Mischgebiet einen amtlichen Wert von 3.000 mal 325,- Euro gehabt. Selbst wenn wegen möglicher Nachteile nochmals zwanzig Prozent abgezogen werden sollten, hätte das mit 3.000 Quadratmeter sogar kleinere Grundstück einen Wert von 780.000,-.

Damit hat die Gemeinde gegenüber dem tatsächlichen Erlös von 240.000,- Euro auf 540.000,- Euro und auf die Zufahrt zur Feuerwehr verzichtet. Von diesem Mehrerlös hätte nicht nur der einfache Feuerwehrweg nebst Brücke, sondern beispielsweise auch der schon lange vorgesehene Radweg nach Frankenhausen gebaut werden können. (→ Radweg Frankenhausen)

Kleinvieh

Auch Kleinvieh macht bekanntermaßen Mist. Auch geringere Einzelausgaben der Gemeinde summieren sich. FUCHS möchte deshalb, dass die Gemeindeverwaltung nicht nur die großen Posten, sondern auch kleinere Ausgaben detailliert offenlegt. Dadurch wird bereits ein Hebel geschaffen, um hier nicht mit allzu offenen Händen Geld auszugeben. Tatsächlich verstecken sich viele Ausgaben seit der Umstellung der Buchhaltung von der Kameralistik zur doppelten Buchführung heute hinter recht aussagegelosen Buchungsposten.

Lohbergtunnel

Der Bau des Lohbergtunnels ist für Nieder-Ramstadt ein wahrer Segen. Er ist insbesondere dem Einsatz des leider verstorbenen Bürgermeisters Gernot Runtsch zu verdanken. Weil mit den Bundesstraßen 426 und 449 jetzt eine große Umgehung um den Siedlungskern Nieder-Ramstadt und Trautheim-Süd besteht, profitieren auch viele Menschen in Trautheim. Denn der ehemalige Durchgangsverkehr kann nun die Umgehungsstraße nutzen. Zugleich können Autofahrer aus Traisa auf dem Weg etwa nach Nieder-Beerbach oder Eberstadt die zwar weiteren, aber viel schneller zu befahrenden und Mensch und Material schonenderen Bundesstraßen nutzen.

Allerdings hat es die lokale Politik bislang versäumt, die sich aus der Öffnung des Tunnels ergebenden Möglichkeiten insbesondere für Nieder-Ramstadt auch umzusetzen. In nahezu jeder anderen Kommune ist die Eröffnung einer Umgehungsstraße der Startschuss, um den vom Durchgangsverkehr befreiten Ortskern neu und nun auf schönere Art zu beleben. FUCHS sieht darin eine zentrale Aufgabe lokaler Politik. (→ Ortskern Nieder-Ramstadt)

So gut der Tunnel für uns auch ist, so unverständlicher wirkt es, dass die selbstverständlich erforderlichen Wartungsarbeiten nicht besser gebündelt werden. Wir sind zwar schon vor fast fünfzig Jahren auf den Mond geflogen, schaffen es aber nicht, die Arbeiten so zu koordinieren, dass der Tunnel nicht immer wieder wegen anderer Wartungen gesperrt wird. Je deutlicher übrigens auch unsere Mitbewerber dieses Ansinnen vortragen, um so nachdrücklicher können wir diese Forderung gegenüber den zuständigen Ämtern außerhalb Mühltais vortragen.

Modaupromenade

Nieder-Ramstadt hat nicht sehr viel schöne und herausgehobene Stellen. Eine dennoch besondere Qualität ist die Modau. Leider kommt sie momentan nicht so vorteilhaft zur Geltung wie in anderen Orten. FUCHS schlägt daher eine durchgehende Modaupromenade von der TSV-Sportanlage bis an die Rheinstraße vor. Der Weg sollte für Fußgänger und Radfahrer freundlicher werden und auch zum Verweilen einladen. Zwar gehört ein kurzes Teilstück vor der Rheinstraße gegenwärtig der Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD). Wir sollten jedoch davon ausgehen, dass auch die NRD ein großes Interesse an einer prosperierenden Entwicklung von Nieder-Ramstadt hat und dem Ansinnen positiv gegenüber steht.

Dabei gehen wir davon aus, dass auch die Nieder-Ramstädter Diakonie ein großes Interesse an einer prosperierenden Entwicklung von Nieder-Ramstadt hat und dem Ansinnen als gegenwärtiger Eigentümer eines kleinen Teiles des Weges positiv gegenüber steht.

Monsterknoten

Die Einmündung der Rheinstraße in die Bundesstraße 426 wurde zwar erst im Zuge des Lohbergtunnelbaues vor wenigen Jahren neu erstellt, doch schon vor Kurzem bereits wieder abgebrochen. Errichtet wurde nun der sogenannte Monsterknoten, der auch Mammutkreuzung genannt wird. Denn die Dimensionen sind für Mühlthal schlicht zwei Nummern zu groß. Hier entstand ein überflüssiges Millionenprojekt auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Begründet wurde die neue Kreuzung mit dem Bau des Gewerbegebietes "Auf Ruckelshausen". Nach Auffassung von FUCHS wäre für die Ausfahrt des Gewerbegebietes zur B 426 genau so wenig eine Ampel erforderlich gewesen wie für die Ausfahrt am Nieder-

Ramstädter Friedhof auf die B 426, die von vielen Waschenbachern und Frankenhäusern sowie einigen Autofahrern aus Nieder-Ramstadt genutzt wird. Hinzu kommt, dass das Gewerbegebiet auch nach zwei Jahren intensiver Vermarktung immer noch brach liegt, weswegen die überdimensionale Einmündung hier ohnehin keine Funktion hat.

Der Monsterknoten ist ein Beispiel dafür, wie unser Geld nach Auffassung von FUCHS zukünftig nicht verwendet werden darf. In den Gremien der Gemeinde werden wir uns entschieden gegen solche Projekte aussprechen.

Nieder-Ramstädter Diakonie

Die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) galt einmal als ein ganz wichtiger Teil Nieder-Ramstadts. Die Bewohner waren aus dem Ortsbild nicht wegzudenken und viele andere Nieder-Ramstädter arbeiteten in den "Heimen", wie es früher hieß.

Seit einigen Jahren ändert sich jedoch leider mehr und mehr das Bild der NRD. Der soziale Auftrag, der vor allem menschliche Zuwendung und dadurch viel Personal verlangt, scheint immer weiter in den Hintergrund zu treten. Statt dessen tritt die Diakonie als Bauinvestorin in Erscheinung, die Eigentumswohnungen baut und Geschäfte vermietet. (→ Rote Kleinbusse)

Natürlich ist all dies eine interne Angelegenheit der Leitung der NRD. Allerdings hat die Gemeinde nach Auffassung von FUCHS die Pflicht, alle gleich zu behandeln. Dabei sollten Wohlfahrtsorganisationen an Wohlfahrtsorganisationen und Bauträger an Bauträgern gemessen werden. FUCHS widersetzt sich daher der Unsitte, Grundstücke ohne Rücksicht auf die Nachbarschaft nach Gutdünken bebauen zu lassen, nur weil sich die Investorin auf einen besonderen sozialen Auftrag beruft. (→ Gleiches Recht für alle)

Die übergroßen Gebäude direkt an der Stiftstraße sind ein deutliches Warnsignal. Viele Bürger haben diese unpassende Bebauung völlig zu Recht beklagt. Von den politisch Verantwortlichen hieß es dazu lediglich, dass es eben leider keinen Bebauungsplan gebe. Insofern haben die Entscheidungsträger das Problem durchaus erkannt. Sie haben jedoch nicht gehandelt, denn spätestens mit dieser Erkenntnis hätte ein Bebauungsplan auf den Weg gebracht werden müssen.

FUCHS wird sich für einen Bebauungsplan für das Gelände der Nieder-Ramstädter Diakonie einsetzen. Das Areal soll darin als

“Sondergebiet Behindertenwohnen und -betreuung” ausgewiesen werden. Ausnahmsweise sollten auch Wohnungen für Betreuungspersonal zulässig sein. Dabei soll es gern der NRD überlassen bleiben, wie sie beispielsweise die einzelnen Gebäude zur Betreuung der Behinderten ausrichtet.

FUCHS spricht sich auch nachdrücklich gegen Überlegungen aus, die Wichernschule vom Gelände der Diakonie nach “Auf Ruckelshausen” auszulagern. Behinderte dürfen nicht in ein Gewerbegebiet abgeschoben werden. (→ Wahlkampf)

ÖPNV

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) war früher das Auto des kleinen Mannes. Heute haben zwar sehr viele Menschen ein eigenes Auto, wollen es aber nicht unbedingt nutzen. Viele Gründe sprechen dafür, statt des Autos den ÖPNV oder das Fahrrad zu nehmen.

Weil dies auch ein Ziel ist, das im öffentlichen Interesse liegt, sollte die Nutzung des ÖPNV insbesondere durch attraktive Angebote gefördert werden. Schließlich macht auch jeder, der selber das Auto nicht nutzt, ein Stück der Straße für diejenigen frei, die auf das Auto angewiesen sind.

Wem jedoch auf dem Weg mit dem Bus etwa von Waschenbach nach Darmstadt bei jeder Fahrt noch eine längere Exkursion durch Traisas Sehenswürdigkeiten aufgezwungen wird, der bleibt beim Auto. Ähnlich schlecht sieht es bei der Vertaktung der Busse mit der VIAS am Bahnhof aus. Hier besteht Handlungsbedarf, dem sich FUCHS gern stellt. (→ Energiewende, Zukunft)

Ortskern Nieder-Ramstadt

Der Ortskern von Nieder-Ramstadt hat durch die Öffnung des Lohbergtunnels eine neue Qualität erhalten. Es besteht keine Notwendigkeit mehr, Nieder-Ramstadt lediglich zu durchfahren. Früher war der Ort Träger des Durchgangsverkehrs, dem sich vieles unterzuordnen hatte. (→ Lohbergtunnel)

Jetzt besteht die Freiheit, den Ort ohne die Fesseln des Durchgangsverkehrs neu zu sehen. FUCHS macht davon Gebrauch. Würde Nieder-Ramstadt heute neu geplant, so wäre der Ortskern weitgehend verkehrsberuhigt. Denn er hat keine Durchgangsfunktion mehr, aber es leben hier recht viele Menschen auf engem Raum. Das ist übrigens auch der Regelfall in vielen

anderen Orten und Gegenstand zahlreicher Empfehlungen aus der aktuellen Verkehrsplanung.

Für FUCHS heißt dies konkret, dass die untere Dornwegshöhstraße im Bereich, in dem die Kerb gefeiert wird, verkehrsberuhigt werden könnte. Sie stünde zwar nach wie vor auch dem Autoverkehr offen. Auf dem kurzen Stück müsste jedoch eine Geschwindigkeit von maximal 7 km/h eingehalten werden. Da in diesem Bereich sowohl Kinder als auch viele Senioren unterwegs sind, würde diese Maßnahme überdies der Notwendigkeit nachkommen, dort die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Die Kirchstraße und die Ober-Ramstädter Straße sind beide sehr schmal. Genau genommen wird die dortige Beschränkung auf Tempo 30 vielfach schon als zu hoch angesehen. Denn selbst dabei kommt es durch die Enge immer wieder zu gefährlichen Situationen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Menschen aus den Grundstücken unvermittelt den öffentlichen Bereich betreten. Denn die Bürgersteige sind leider oft nur extrem schmal.

Sollte von den Anwohnern hier der Wunsch kommen, beide Straßen als sogenannte verkehrsberuhigte Geschäftsstraßen mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 20 km/h auszugestalten, dann wird FUCHS dieses Anliegen gern verfolgen. Bei allem ist selbstverständlich klar, dass bei jeder Planung Rettungswege auch für den Lohbergtunnel frei zu halten sind.

Planungsgewinn

Die Gemeinde hat grundsätzlich das Recht, das eigene Gebiet zu beplanen, also insbesondere Baugebiete auszuweisen. War ein Grundstück zuvor etwa Ackerland und wird es durch Beschluss der Gemeindevertretung zum Wohnbaugebiet, so steigt der Wert ganz erheblich. Kostet ein Quadratmeter Ackerland etwa 3,- Euro, so kann das gleiche Grundstück als - selbst unerschlossenes - Bauland über 300,- Euro pro Quadratmeter kosten. Ein 500 Quadratmeter großes Grundstück hat somit als Ackerland einen Wert von 1.500,- Euro, als Bauland kostet das gleiche Grundstück aber 150.000,- Euro. Ganz ähnlich verhält es sich, wenn ein Baugebiet zunächst nur gering bebaut werden darf, durch Beschluss der Gemeindevertretung dann aber viel dichter bebaut werden darf. Auch in diesem Fall steigt nach einer Planung der Gemeinde der Wert des Grundstückes, wenn auch nicht so stark. Denn er ist insbesondere davon abhängig, wie viel gebaut werden darf. Dieser Gewinn, den ein Grundstück durch eine von der Gemeinde betriebene Planung erfährt, ist der Planungsgewinn.

FUCHS ist der Auffassung, dass dieser Planungsgewinn nicht Privatpersonen, sondern der klammern Gemeinde zufallen soll. Kommt der Planungsgewinn Privatpersonen zu, so erhalten diese einen Sondervorteil, der nicht gerechtfertigt ist. Schließlich steigt der Wert eines Grundstückes dabei nicht durch die Arbeit der Eigentümer, sondern durch die Planung der Gemeinde. Statt die Bürger mit immer neuen Steuererhöhungen zu belasten, sollte die Gemeinde aus der von ihr selbst betriebenen Planung Gewinn ziehen, was übrigens in vielen Kommunen auch erfolgreich praktiziert wird.

Radweg Frankenhausen

Der Bau des Rad- bzw. Fußweges nach Frankenhausen wird vor jeder Kommunalwahl thematisiert und von den verschiedenen Parteien gefordert. Das zeigt, dass dieser Weg wirklich notwendig ist. Ist die Wahl aber gelaufen, ist leider auch der Radweg nicht mehr so wichtig. Dann heißt es regelmäßig, es sei schlicht kein Geld da. Wichtiger sind den Gewählten dann zum Beispiel Ausgaben für weitaus teurere und überdimensionierte Straßenbauwerke. (→ Straßenbau)

FUCHS will den Radweg wirklich. Und wir wollen uns auch gern daran messen lassen, ob uns andere Ausgaben dann später doch wichtiger waren.

Rathaus Traisa

Das ehemalige Rathaus in Traisa gehört der Gemeinde Mühlthal. Es ist nach wie vor ein Symbol für den heutigen Ortsteil Traisa und gehört zum "Tafelsilber" unserer Gemeinde. Daher ist FUCHS gegen den Verkauf des Rathauses. Es sollte vielmehr als eiserne Reserve behalten werden, falls der Erhalt des Schwimmbades durch eine unerwartet notwendige Sanierungsmaßnahme auf der Kippe steht. Das Rathaus darf nach Auffassung von FUCHS jedoch nicht verkauft werden, um zum Beispiel überteuerte Straßen zu finanzieren oder einen schlecht geführten Haushalt zu entlasten.

(→ Finanzen, Tafelsilber)

Dabei könnte das Gebäude zum Beispiel örtlichen Vereinen zur Verfügung gestellt werden, die dafür ruhig einen Obolus entrichten sollten. Auch die Unterbringung von Flüchtlingen käme in Betracht. Dies wird bezahlt, weswegen die Gemeinde dadurch auch Einnahmen erzielen würde.

Rote Kleinbusse

Vor allem in Nieder-Ramstadt fallen seit einigen Jahren viele zumeist rote Kleinbusse auf. Sie transportieren Behinderte insbesondere von ihren Wohngruppen im Umland in die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) und zurück. Früher war dagegen Wohnen in Nieder-Ramstadt und Arbeiten in den Behindertenwerkstätten am gleichen Ort selbstverständlich. Dadurch sind die Behinderten heute beim Weg zur Arbeit auf fremde Hilfe angewiesen, was deren Selbstständigkeit nicht fördert.

In Nieder-Ramstadt gehörten sie früher zum täglichen Bild, weswegen sie hier keine Blicke empfangen, die Ungewohntheit signalisierten. Zugleich nimmt durch die Auslagerung des Wohnens der Kraftfahrzeugverkehr zu. Wir meinen, dass dies der falsche Weg ist. Jedoch können wir auf die Entscheidungen der Diakonieleitung nicht unmittelbar einwirken. Allerdings möchte FUCHS den politisch möglichen Einfluss in den Mühl-taler Gremien wahrnehmen, um eine weitere Umwandlung des Areals der NRD zu verhindern. (→ Nieder-Ramstädter Diakonie)

Schwimmbad

Das Schwimmbad in Traisa wurde vor vielen Jahrzehnten von der engagierten Dorfgemeinschaft überwiegend selbst gebaut. Es ist damit auch ein Symbol für den Zusammenhalt der Menschen. Zugleich ist es ein zentraler Freizeitfaktor für ganz Mühl-tal und lebendige Erinnerung an Kinder- und Jugendtage.

FUCHS wird sich daher unter allen Umständen für den Erhalt des Schwimmbades einsetzen. Auch das persönliche Engagement vieler Bürger zeigt, wie wichtig diese Einrichtung tatsächlich ist. Bei allem wirbt die Gemeinde seit Jahrzehnten damit, ein "beheiztes Freibad" zu haben.

Naturgemäß sprechen sich vor der Wahl auch die politischen Konkurrenten für das Schwimmbad aus. Es wäre unpopulär, dagegen zu sein. Allerdings haben sich auch etwa in Pfungstadt die Kandidaten vor der letzten Wahl für das dortige Schwimmbad ausgesprochen. Die Realität zeigt, dass diese Beteuerungen wertlos waren. Denn das dortige Schwimmbad ist seit einiger Zeit geschlossen. Das wird mit möglichen Gefahren und natürlich mit fehlenden Finanzen begründet.

Daher sagt FUCHS vor der Wahl klipp und klar, dass wir unsere Finanzpolitik auch daran orientieren müssen, im Ernstfall für unerwartete Reparaturen des Freibades Notgroschen zu haben.

Wir schlagen daher konkret vor, das Rathaus in Traisa nicht zu verkaufen. (→ Rathaus Traisa) Ist das Schwimmbad nämlich erst einmal geschlossen, wird es um so schwieriger sein, es bei der Mühltaler Finanzlage wieder zu öffnen.

Selbstverständlichkeiten

Für FUCHS ist es selbstverständlich, dass Einkaufsmöglichkeiten, Grundschulen, Ärzteversorgung und Kinderbetreuungsangebote mit kurzen Wegen erhalten bleiben sollen. Auch wir sind für Haushaltskonsolidierung, Breitbandausbau und die Förderung von Senioren, Familien, Kindern, Gewerbe, Feuerwehren, Sportvereinen und Nahverkehrsangeboten. Allerdings sind solche pauschalen Wunschkonzerte nur Muster ohne Wert. Wir gehen davon aus, dass die Mühltaler Wählerinnen und Wähler mündig sind und konkrete Aussagen erwarten. Die wollen wir liefern.

Steinlaus

Die Mühltaler Steinlaus (*steinlausis asbestos muehltaliensis*) lebt im Mühltaler Gestein. Beim Bau des dortigen Lohbergtunnels wurde ihre Existenz sicher nachgewiesen. Wegen ihrer Gefährlichkeit musste der Bau zunächst gestoppt werden und konnte dann nur mit besonderen Schutzmaßnahmen weitergeführt werden.

Beim geplanten Bau eines Radweges an der Felsnase lag es zwar nahe, dass die Mühltaler Steinlaus auch dort beheimatet ist. Hier hätte ebenfalls viel Gestein gesprengt werden müssen. Weil das Projekt aber um jeden Preis durchgedrückt werden sollte, konnte sie zunächst nicht nachgewiesen werden und wurde aus der Erinnerung getilgt. Erst als sich die Planung für jedermann als Schildbürgerstreich entpuppte, besannen sich die Verantwortlichen wieder der Mühltaler Steinlaus. Ihre Existenz konnte plötzlich doch belegt werden, womit sie zum Rettungsanker für die Politik wurde, die das Projekt dadurch ohne weiteren Gesichtsverlust ad acta legen konnte.

Im Fall der Steinbrüche Waschenbach und Nieder-Beerbach möchten die Verantwortlichen wiederum, wie einst vor der Planung des Radweges an der Felsnase, von einer Steinlaus im Mühltaler Gestein nichts wissen. Ihre beim Bau des Lohbergtunnels nachgewiesene Gefährlichkeit sei zwar ein Grund für besondere Schutzmaßnahmen und sogar die Einstellung des Radwegvorhabens. Das alles gelte aber selbstverständlich nicht für die Steinbrüche.

Straßenbau

Straßen kosten Geld. Sehr viel Geld. Geld, das die Gemeinde Mühlthal nicht hat. Daher sollte die Diskussion über den Straßenbau eigentlich überhaupt nicht geführt werden. Schließlich ist auch nicht ersichtlich, dass neue Straßen oder aufwendige Sanierungen wirklich erforderlich wären. Dabei sollten die ohnehin knappen Mittel schon aus Gründen der Vernunft besser in die Verkehrssicherheit aller Straßen investiert werden, als in wenige, aber aufwendige Sanierungsprojekte. Einfache Aufasphaltierungen bieten beim Preis-Leistungs-Verhältnis richtig viel. Und solange wir kein Geld haben, betritt unsere Politik eben auch kein Wunschkonzert.

Bei allem hängt für FUCHS die Lebensqualität unserer Gemeinde nicht von der Tiefe des Unterbaues unserer Straßen ab. Und da wir jeden Euro auch nur einmal ausgeben können, sollten wir uns auf andere Dinge konzentrieren. Der Erhalt unseres Schwimmbades und der Vereine hat für FUCHS gerade unter der aktuellen Finanzmisere eine größere Bedeutung als sanierte Straßen, die ohnehin immer wieder aufgerissen werden.

Straßenbeiträge

Die Gemeinde ist Eigentümerin fast aller Straßen in Mühlthal. Als Eigentümerin hat sie auch die Pflicht, die Straßen zu unterhalten. Das ist also grundsätzlich Sache der Gemeinde. Wir Bürger zahlen im Gegenzug viele Abgaben, darunter die Grundsteuer, die voll der Gemeinde zufließt. Das hessische Landesrecht räumt den Kommunen jedoch die Möglichkeit ein, bei sogenannten grundhaften Straßensanierungen ausnahmsweise auch die Eigentümer der Grundstücke zur Zahlung zu verpflichten, deren Grundstücke an der zu sanierenden Straße liegen bzw. deren Grundstücke durch die Straßensanierung einen besonderen Vorteil erfährt. (→ Wiederkehrende Straßenbeiträge)

Dabei ist es inzwischen sogar so, dass eine Kommune verpflichtet werden kann, Straßenbeiträge einzuführen, wenn sie ihren Haushalt nicht in den Griff bekommt. Mühlthal hatte bislang schon eine Straßenbeitragsatzung. Deshalb bestand keine Pflicht, eine neue Satzung über wiederkehrende Straßenbeiträge einzuführen. FUCHS fordert und wird sich dafür einsetzen, dass die Gemeinde Mühlthal ihren mangelhaften Haushalt konsolidiert. Unter dieser Voraussetzung müssen Straßenbeiträge nicht zu erhoben werden. Viele Kommunen auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg verlangen keine Straßenbeiträge, weil sie ihren Haushalt im Griff haben. Das ist auch das Ziel von FUCHS.

Tafelsilber

In den vergangenen Jahren konnte der Haushalt der Gemeinde Mühlthal nur durch Verkäufe zahlreicher Vermögenswerte unserer Gemeinde aufrecht erhalten werden. Viele Liegenschaften, die in weitaus schlechteren Zeiten angeschafft wurden, verließen zu diesem Zweck jüngst unser Gemeindevermögen.

Sicher ist jedoch, dass diese Art der Haushaltsführung nicht auf Dauer weitergeführt werden kann. Wir halten es auch für nur wenig seriös, von einem "ausgeglichenen Haushalt" zu sprechen, wenn dieser regelmäßig allein durch derartige Notverkäufe zustande kommen konnte. Um hier Klarheit zu schaffen, fordert FUCHS eine öffentlich zugängliche konkrete Auflistung aller in den vergangenen Jahren veräußerten Vermögenswerte.

(→ Finanzen, Transparenz)

Transparenz

Wir leben in einer Republik. Diese Staatsform ist aus dem lateinischen "res publica" abgeleitet, was so viel heißt wie "öffentliche Sache". An diesem Anspruch ist auch die Verwaltung unserer Gemeinde zu messen.

Das Recht räumt dem Parlament viele Möglichkeiten ein, um den Anspruch unserer Ordnung durchzusetzen, auch die Mühlthaler Verwaltung als öffentliche Sache zu führen. Bürger und Parlament wollen wissen, was in ihrer Gemeinde gespielt wird. Ohne dieses Wissen kann auch schlicht die Aufgabe der Gemeindevertretung nicht erfüllt werden, die gesamte Verwaltung der Gemeinde zu überwachen. (→ Gemeindevertretung)

FUCHS wird die zur Verfügung stehenden Mittel auch nutzen, um die Transparenz herzustellen, die für den gesetzlichen Überwachungsauftrag der Gemeindevertretung unabdingbar ist.

Ein anderer Aspekt der Transparenz ist die Nachvollziehbarkeit von politischen Äußerungen. Manchen Politikern wird vorgeworfen, mit gespaltener Zunge zu sprechen. Maßgeblich sind jedoch stets die Beiträge und das Abstimmungsverhalten im Parlament. Um hier eine gewisse Disziplin herzustellen, wird sich FUCHS für öffentlich zugängliche Tonaufnahmen aus der Gemeindevertretung einsetzen. Tatsächlich werden die Beiträge durch die Protokollführung ohnehin aufgezeichnet, womit es keine besonderen Probleme gäbe, diese auch ins Internet zu stellen.

Verkehrsberuhigung Hag

Das Nieder-Ramstädter Wohngebiet Hag wurde in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erschlossen. Es kann sowohl von der Dornwegshöhstraße in der Ortsmitte als auch von der Rheinstraße am Ortsausgang erreicht werden. Das bringt zwar den Vorteil kurzer Wege mit, jedoch auch den Nachteil, dass das Gebiet als Durchfahrsmöglichkeit genutzt wird. Dabei ist es besonders ungünstig, dass der Verkehr mit der Bebauung des Geländes der Nieder-Ramstädter Diakonie immer weiter zunimmt. (→ Nieder-Ramstädter Diakonie)

Wäre das damalige Baugebiet Hag nur etwa zehn Jahre später erschlossen worden, wäre es wie seither allgemein üblich eher als Sackgasse angelegt worden, um Durchgangsverkehr im Wohngebiet zu vermeiden. Die Öffnung zur Rheinstraße hätte es vermutlich nicht gegeben. (è Wohngebiete)

Eine nachträgliche Verkehrsberuhigung könnte zum Beispiel dadurch geschehen, dass der Bereich von der Dornwegshöhstraße bis zur Rheinstraße zwar für den Autoverkehr durchgängig bliebe, jedoch innerhalb des Gebietes Umwege zu nehmen wären. Dadurch würde es als Durchgangsverbinding unattraktiv. Eine andere und auf den ersten Blick ungewöhnliche Möglichkeit könnte es sein, das Wohngebiet Hag nachträglich als Sackgasse auszugestalten. Die Stadt Frankfurt praktiziert diese Modelle seit Jahren sehr erfolgreich. Nach einer Gewöhnungsphase sind die Anwohner sehr froh, keinen Durchgangsverkehr mehr zu haben.

In jedem Fall müssen nach Auffassung von FUCHS die Anwohner gefragt werden. Zunächst sollte ermittelt werden, wie belästigend der zunehmende Verkehr ist. Sollte sich daraus das Bedürfnis nach Verkehrsberuhigung ergeben, könnte ein Probetrieb erfolgen. Daraus ergäben sich für die Bürger vor Ort die Vor- und Nachteile der Verkehrsberuhigung. Im Anschluss daran sollten dann die Anwohner entscheiden.

Vertrauen

Von den Entscheidungen der Gemeindevertretung hängen auch wirtschaftliche Vorteile für Privatpersonen ab. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn über Bebauungsmöglichkeiten von Grundstücken abgestimmt wird. (→ Planungsgewinn) Aber auch in anderen Fällen gibt es wirtschaftliche Verflechtungen zwischen der Gemeinde und Privatpersonen.

Richtig problematisch wird es aber, wenn Gemeindevertreter selbst von Entscheidungen der Gemeindevertretung betroffen

sind. Zwar dürfen sie dann gemäß § 25 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) an einzelnen Beratungen oder Entscheidungen nicht teilnehmen. Das führt aber mitunter nicht dazu, dass sich die Kollegen im Parlament automatisch neutral verhalten. Und weil das alles hinreichend bekannt ist, hat das Parlament im Volk schon viel Vertrauen verloren.

Um dieses Vertrauen wieder zu gewinnen, regt FUCHS ein öffentlich zugängliches Register an. Darin sollte jedes Mitglied der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes auf freiwilliger Basis anzeigen, von welchen Beschlüssen des Parlamentes es selbst oder ein Angehöriger betroffen ist. Verzeichnet werden sollten also etwa Baulandausweisungen und Baugenehmigungen mit begünstigenden Ausnahmen oder Befreiungen, von denen die einzelnen Personen profitieren. Auch größere Geschäfte, die mit der Gemeinde gemacht werden, sollten hier vermerkt werden. Ähnliche Modelle gibt es bereits für andere Parlamente. Sie leisten einen echten Beitrag, damit die "Volksvertreter" nicht als "Interessenvertreter" wahrgenommen werden.

Selbstverständlich wirkt es auch befremdlich, wenn sich etwa einzelne Gemeindevertreter und Investoren duzen und anschließend eine Entscheidung zu Gunsten dieser Investoren getroffen wird, die aber im Sinne des Gemeinwohles unverständlich ist. In solchen Fällen kann jedoch aus Rechtsgründen allein an die Entscheidungsträger appelliert werden, persönliche Beziehungen offenzulegen und sich bei der Entscheidungsfindung zurückzuhalten.

Wahlkampf

Im Wahlkampf werben die sich zur Wahl stellenden Gruppierungen, oft Parteien, um die Gunst der Wähler. Dabei versuchen die angestammten Entscheidungsträger gern, positiv wirkende Sachverhalte besonders zu betonen. So kann es sein, dass unmittelbar vor einer Wahl zum Beispiel seit langem errichtete Märkte oder mit letzter Kraft noch schnell fertig gestellte Bürgersäle eröffnet werden. Es erfolgen "erste Spatenstiche", auch wenn weitere ausbleiben. Mit solchen Symbolen wollen Politiker zeigen, dass sie etwas können und wollen wiedergewählt werden. Das Leben vor Ort wird als Ponyhof dargestellt, in dem sich jeder wohlfühlt. Berechtigte Kritik an politischen Entscheidungen wird als Nörgelertum abgekanzelt.

Umgekehrt werden unliebsame Themen gern ausgeblendet. Zwar war vor Kurzem bereits im Gespräch, am Frankenstein Windräder zu errichten, die Nieder-Ramstädter Wichernschule ins Gewerbegebiet zu verlagern oder gar das Schwimmbad Traisa zu schließen.

Im Angesicht der Wahl werden solche Themen aber nicht nur oft mit einem Tabu belegt, sondern es wird sogar bestritten, dass sie für die Zukunft überhaupt relevant sein könnten.

FUCHS lehnt Symbolpolitik ab. Wir freuen uns, wenn es den Menschen gut geht. Für eine hoffnungsfrohe Zukunft und um Schaden abzuwenden ist es aber auch mitunter notwendig, unliebsame Themen zu benennen. Das ist schlicht der Auftrag unserer Demokratie, den FUCHS aus Verantwortung für Mühlthal annimmt.

Wald

Unser Wald hat viele Funktionen. Für uns in Mühlthal ragt die Erholungsfunktion heraus. Viele Menschen sind bereit, für Grundstücke in Waldnähe richtig viel Geld auszugeben und dafür hohe Grundsteuern zu zahlen, die der Gemeinde zukommen. Die Erholungsfunktion des Waldes leidet allerdings durch zunehmenden Holzeinschlag ganz massiv. Die Erträge daraus sind jedoch bei ehrlicher Berechnung nur minimal, denn der eigentliche Gewinn dabei entsteht woanders.

Daher verzichten bereits viele Kommunen ganz darauf, aus ihrem Wald noch den letzten Cent herauszupressen. FUCHS möchte diesem Beispiel folgen und unseren Gemeindewald nicht mehr der Holzwirtschaft preisgeben. Wir können auch nicht einerseits mit barrierefreien Wanderwegen werben und andererseits unsere Waldwege durch die Arbeiten beim Holzeinschlag in unbegehbare Schlammwüsten verwandeln.

Wiederkehrende Straßenbeiträge

FUCHS ist gegen die Einführung von sogenannten wiederkehrenden Straßenbeiträgen. Sie sind ein wahres Bürokratiemonster. Allein für die Bürokratie, die externe Büros verrichten sollen, wurden bislang schon 160.000,- Euro im Haushalt eingestellt. (→ Bürokratie) Dabei sind diese Straßenbeiträge neu und deshalb noch nicht einmal gerichtsfest. Sie können jederzeit gerichtlich außer Kraft gesetzt werden. Daher will sie auch kaum eine Kommune einführen.

Bei allem werden wir Bürger mit den neuen Beiträgen nun auch mehrfach belastet. Zum einen hat sich bereits die Grundsteuer innerhalb kurzer Zeit fast verdoppelt. (→ Grundsteuer) Zum anderen zahlen wir mit eben dieser Grundsteuererhöhung genau die Bürokratie, die erforderlich ist, um uns dann mit wieder neuen Abgaben zu belasten.

Viele Straßen hätten für das Geld, das bei den wiederkehrenden Straßenbeiträgen allein die Bürokratie verschlingt, schon längst saniert werden können. Wir haben also inzwischen nicht nur schlechte Straßen, sondern darüber hinaus auch eine lange noch nicht fertig gestellte mangelhafte Straßenbeitragsbürokratie. Die Straßen können wir nicht per Gemeindevertreterbeschluss reparieren. Wir können uns aber auf diese Art der enormen Bürokratie entledigen. Wir sollten es besser heute als morgen auch tun. Das Ende mit Schrecken ist dem Schrecken ohne Ende bekanntlich vorzuziehen.

Windräder Nieder-Beerbach

Für den Bereich unterhalb des Frankensteins auf Nieder-Beerbacher Gemarkung ist der Bau von Windrädern im Gespräch. Ob das Projekt endgültig vom Tisch ist oder ob bei den Planungen mit Rücksicht auf die Wahl am 6. März nur eine Pause eingelegt wurde, ist unklar. (→ Wahlkampf)

Weil der Bau von Windrädern für Nieder-Beerbach eine große Bedeutung hätte, wollen die Bürger selbstverständlich wissen, wie sich die Parteien und Wählergruppen verhalten werden, falls die Planungen wieder aufgenommen werden. FUCHS will dabei die Menschen vor Ort nicht übergehen. Für den Fall der Wiederaufnahme der Planungen fordern wir eine Bürgerbefragung. Dabei sollen die Menschen aus Nieder-Beerbach entscheiden, ob sie mit den Windrädern einverstanden wären. (→ Bürgerbeteiligung)

Wohngebiete

In Wohngebieten ist Autoverkehr besonders störend. Denn damit sind Lärm und Gefahren verbunden. Der bebaute Teil Mühlhals besteht ganz überwiegend aus Wohngebieten. Das heißt für FUCHS:

Für alle Ortsteile gilt, dass motorisierter Durchgangsverkehr, also Autoverkehr, dessen Ziel oder dessen Quelle nicht in den jeweiligen Wohngebieten selbst liegt, zu vermeiden ist. Wir haben mit den Bundesstraßen 426 und 449 auch ganz hervorragende Verkehrsalternativen, die es überflüssig machen, Nieder-Ramstadt und Trautheim lediglich zu durchfahren. Und je weniger attraktiv es ist, diese Wohngebiete allein als Fahrweg zu nutzen, um so weniger Schleichverkehr wird übrigens auch Waschenbach und Frankenhausen durchqueren.

In Traisa besteht darüber hinaus die Besonderheit, dass der gesamte Ort als Sackgasse angelegt ist, was übrigens auch das heutige Leitbild für die Anlage von Wohngebieten ist. Somit würde jede neue Anlage gerade im rückwärtigen Bereich zu weiterem Autoverkehr in Traisas Wohnstraßen führen. Wir lehnen daher insbesondere neue Baugebiete in Traisa ab, wie sie etwa für den Bereich unterhalb des Sportplatzes geplant sind. (→ Baugebiete, Dippelshof, Golfplatz)

Zukunft

Bei FUCHS arbeiten viele engagierte Menschen mit, die gerne mit erfrischenden Ideen unsere Kommunalpolitik bereichern. Einige Ansätze haben wir hier vorgestellt. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Vorschläge, die aber an der aktuell sehr schlechten Mühltaler Kassenlage scheitern dürften. Dennoch stellen wir hier zwei Gedanken beispielhaft vor.

Die Anschlüsse des ÖPNV vom Bahnhof in die einzelnen Ortsteile sind mangelhaft. Um hier eine echte Abhilfe zu schaffen, könnte die Gemeinde einen Bus anschaffen. Er sollte nur so groß sein, dass er am Bahnhof wenden kann. Er braucht auch nicht sonderlich groß zu sein. Denn Aufgabe wäre es allein, die VIAS-Fahrgäste pünktlich und stündlich aus den einzelnen Ortsteilen zu holen beziehungsweise dorthin zurück zu bringen. Der Bus würde also nur auf Gemeindegebiet fahren. Dabei würde er die einzelnen Ortsteile mit dem Bahnhof verbinden.

Die Bundesstraße 449 durchschneidet nicht nur Trautheim, sondern sie teilt faktisch auch die anderen Siedlungsgebiete Nieder-Ramstadt und Traisa. Das hemmt natürlich die Ortsentwicklung. Um hier Durchlässigkeit zu schaffen, sollte eine Unterführung für Fußgänger und Radfahrer errichtet werden. Sie könnte entweder in Verlängerung des Traisaer Hohlweges oder westlich des Bahnüberganges Traisa zum Wiesengrund hin entstehen. Dort ist jeweils auch für die notwendigen Rampen Platz und die Flächen gehören bereits der Gemeinde. Hier wäre unser knappes Geld nach Auffassung von FUCHS weitaus sinnvoller angelegt als in weiteren Straßenbauprojekten.

Impressum:

Wählergemeinschaft FUCHS, Sprecher Christoph Zwickler,
Alte Darmstädter Straße 49, 64367 Mühlthal
Kontakt: fuchs@fuchs-muehlthal.de

FUCHS, das sind 21 engagierte Kandidatinnen und Kandidaten:



1. Christoph Zwickler, Trautheim, Dipl.-Ing., Unternehmer, Kreistagskandidat Freie Wähler: "Durch unsere Politik muss ein Ruck gehen!"



2. Helena Walter, Traisa, Rettungshelferin und mit 21 Jahren die jüngste Kandidatin: "Die Zukunft wird vor Ort gestaltet."



3. Martin Strippel, Nieder-Ramstadt, Dipl.-Ing., aktiv bei NABU, BUND und im Steinbruchverein: "Wir müssen die Natur in Mühlthal bewahren."



4. Jürgen Burkholz, Nieder-Ramstadt, Vertriebsingenieur, begeisterter Radfahrer: "Auch in Mühlthal kann man jeden Euro nur einmal ausgeben."



5. David Kernchen, Traisa, Student, Fußballer: "Es muss uns Verpflichtung sein, das Schwimmbad an die nächsten Generationen weiterzugeben."



6. Carola Müller, Nieder-Ramstadt, Beamtin: "Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb möchte ich, dass alle eine optimale Förderung erhalten."



7. Mario Steinbeck, Waschenbach, Student der Politikwissenschaften, Fußballer, Schiedsrichter: "Mein Listenplatz soll ein Omen für den SV 98 sein."



8. Brigitte Siefert-Rüd, Nieder-Beerbach, Diplom-Übersetzerin: "Unser Wald ist Lebensraum. Er darf nicht zum reinen Wirtschaftsobjekt verkommen."



9. Gisela Adam, Frankenhausen, Sozialpädagogin Caritas: "Wir brauchen bessere Fahrplanabstimmungen bei Bus und Bahn und mehr Radwege."



10. Jürgen Debus, Waschenbach, Gastronom, Betreiber der Darmstädter Weststadt Bar: "Dienst am Bürger statt reglementierender Bürokratie!"

11. Benjamin Buchholz, Designer, Client Service Director

12. Andreas Geimer, Dipl.-Ing. Nachrichtentechnik

13. Zeki Kara, Dipl.-Ing., Flugsicherung

14. Annegret Adam, Physiotherapeutin in Elternzeit

15. Prof. Dr. Matthias Seitz, Ingenieur und Professor

16. Natascha Thomas, Rechtsanwältin und Mediatorin

17. Oliver Dietz, Kfz-Meister und Tankstellenpächter

18. Wilma Wagner, Künstlerin und Krankenschwester

19. Annette Benz, Alltagsbegleiterin, Naturschützerin

20. Margit Neuderth-Koch, Tischlerin und Yogalehrerin

21. Karl-Heinz Waffenschmidt, Mühlthaler Urgestein